

## **~~Dringliche~~ Interpellation; Entwicklung Stellenplan der kantonalen Verwaltung URI von 2003 bis 2013**

### **Ausgangslage**

Der Regierungsrat hat ein mehrheitlich gut geschnürtes Sparmassnahmen-Paket für mittelfristige Kosteneinsparungen des Finanzhaushaltes des Kantons URI zusammengestellt. Sehr erstaunt ist man, dass bei einem Sparprogramm von ca. 10 Mio. CHF die Personalkosten der Kantonalen Verwaltung ungeschoren davonkommen. Dies ist absolut unverständlich und nicht nachvollziehbar. Die Verwaltungskosten sind eine der grössten Finanzposten im Urner Finanzhaushalt, auch da muss inskünftig gespart werden. Das Ganze deutet darauf hin, dass jeder irgendwie sparen will, aber am liebsten beim anderen.

Die kantonale Verwaltungsorganisation ist zu einem „Grossapparat“ herangewachsen. So haben sich die Personalkosten des Verwaltungs- und Betriebspersonals in den letzten 10 Jahren um über 25 % erhöht. Von Jahr zu Jahr stiegen die Stellenprozentage des Stellenplanes. Nicht wegzudenken ist, dass der Aufgabenbereich wohl auch zugenommen hat. Nichts desto trotz, vieles deutet darauf hin, dass hier ein Sparpotential vorhanden sein wird. Jede Unternehmung, welche sich einem Sparprozess unterwerfen muss, kommt praktisch nicht darum herum, dass sie bei den Personalkosten Einsparungen vornehmen muss.

Der Finanzplan der nächsten Jahre zeigt auf, dass wir auf alle Sparmassnahmen die erlangt werden können, absolut angewiesen sind. Es kann nicht sein, dass wir von einer Steuerfusserhöhung 2015 sprechen, bevor überhaupt sämtliche Register, wo Sparpotentiale vorhanden sind, gezogen werden. Im Moment ist es unverantwortbar und nicht einsichtig, dass der Steuerfuss 2015 erhöht werden soll.

Die Finanzkommission befasst sich anfangs des nächsten Jahres mit einem politischen Vorstoss über das Sparmassnahmen-Paket des Regierungsrates bzw. über weitere Massnahmen damit der Urner Finanzhaushalt inskünftig im Lot ist. Wir dürfen jetzt aber nicht zuwarten, sondern müssen das Ganze sofort in die Hände nehmen. Somit ist es notwendig, dass jetzt eine Standortanalyse über die Entwicklung des Stellenplanes der Kantonalen Verwaltung in den letzten 10 Jahren erstellt wird.

### **Antrag**

Gestützt auf Art. 128/129 der Geschäftsordnung des Urner Landrates ersuche ich den Regierungsrat um Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie hat sich der Stellenplan der kantonalen Verwaltung bezüglich Stellenprozentage und Vollzeitstellen den letzten 10 Jahren entwickelt?

2. Wenn zusätzliche Stellen beschaffen wurden, was war die Begründung? Hatte sich dementsprechend der Aufgabenbereich verändert?
3. Wie gross sind die Anteile der Stellenprozente und deren Entwicklung in den letzten 10 Jahren, welche fremd finanziert werden? (Finanzierung durch Bund etc.)
4. Wie viele Stellenprozente wurden durch Optimierung von Prozessen, in den letzten 10 Jahren reduziert? (z.B. Pensionierungen nicht mehr ersetzt, unproduktive Stellen abgebaut etc.)
5. Wie entwickelte sich die Überstundenanhäufung in der kantonalen Verwaltung und wie weit können diese Überstunden im laufenden Jahr durch natürlichen Abbau wieder kompensiert werden?
6. Gibt es Vergleiche des Stellenplanes mit anderen vergleichbaren Kantonen, wenn ja, wie sehen diese aus?

Die Fragenbeantwortung soll als Gesamtes für die komplette Verwaltungsorganisation, aber immer auch auf die einzelnen Direktionen herunter gebrochen, erstellt werden.

### **Begründung zur Dringlichkeit**

Die Angelegenheit Stellenplan ist im Landrat seit längerer Zeit schon ein stark beschäftigendes Thema. Diese Standortbestimmung muss nun jetzt erfolgen. Im Januar 2014 erstellt nach Angaben des FIKO Präsidenten, die Finanzkommission ihren dringend zu erwartenden politischen Vorstoss im Zusammenhang mit den Sparmassnahmen der Kantonsfinanzen. Somit kann die Finanzkommission im Zusammenhange mit den Sparmassnahmen Personalkosten der kantonalen Verwaltung auf der Basis dieser Fragenbeantwortung aufbauen.

Ich danke dem Regierungsrat im Vorfeld, für die qualitative und zeitgerechte Beantwortung dieser Fragen, bestens.

Schattdorf, 18.12.2013

Ruedi Cathry, Schattdorf, FDP  
Erstunterzeichner

Toni Epp, Amsteg, FDP  
Zweitunterzeichner

Matthias Steinegger, Flüelen, FDP  
Zweitunterzeichner

Bernhard Epp, Bürglen, FDP  
Zweitunterzeichner